



DRINGLICHE INTERPELLATION

der Grossräte Patrick Hildbrand, SVPO, und Philipp Matthias Bregy, CVPO, sowie der Grossrätinnen Irmira Imesch-Studer, CSPO, und Larissa Jossen (Suppl.), SVPO, betreffend alternative Notfallversorgung im Oberwallis – Ärztemangel entgegenwirken (13.05.2013) 2.0002

Dringlichkeitskriterien

Aktualität des Ereignisses: Die Information wurde erst kürzlich verbreitet.

Unvorhersehbarkeit: Es war nicht vorhersehbar, dass dieses Projekt nicht vollumfänglich finanziert wird, da die kantonale Expertenkommission «ambulante Pflege und Grundversorgung» das Pilotprojekt vorgängig als unterstützungswürdig beurteilt hat.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme: Die notwendige Entlastung von Hausärzten in den Seitentälern wird verzögert und das Projekt wird durch diesen Entscheid grundsätzlich aufs Spiel gesetzt.

Um dem nicht nur drohenden, sondern bereits etablierten Ärztemangel in Grundversorgerpraxen entgegenzuwirken, wird eine alternative Notfallversorgung im Oberwallis geplant. Das Projekt der Reorganisation des Notfalldienstes im Oberwallis ist ein Pilotprojekt von grosser Wichtigkeit für die gesamte Region, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Touristen. Es dient der Verbesserung dieser Dienstleistung sowie der Kostenersparnis und führt zu einer Verbesserung der Situation auf der Notfallstation des Spitalzentrums Oberwallis. Es ermöglicht eine differenzierte Verteilung der zu leistenden Notfalldienste und somit bessere Konditionen insbesondere für Ärzte in Seitentälern, so dass ein Anreiz für junge Mediziner gegeben ist, sich wieder auch im Wallis als Hausarzt niederzulassen.

Das neue Notfallsystem soll gemäss Planung im Herbst 2013 eingeführt werden. Nun droht das auf zwei Jahre beschränkte Pilotprojekt zu scheitern. Während der Kanton bereit ist, die Defizitgarantie für das Spital zu übernehmen, macht er bei der Pikettenschädigung, welche integrierter Bestandteil des Projektes ist, Abstriche.

Diese Entschädigung sollen jene Hausärzte erhalten, die täglich für Hausbesuche sowie für Besuche in Alters- und Pflegeheimen im Einsatz stehen und auch bei Todesfällen Bereitschaftsdienst leisten.

Schlussfolgerung:

Der Staatsrat anerkenne zwar, dass dieser Pikettendienst entschädigt werden muss, will es jedoch nur teilweise unterstützen.

- Wieso wird gerade bei den Hausärzten, welche man fördern will, Abstriche gemacht?
- Ist man bereit die dringend benötigte Entlastung der Hausärzte der Seitentäler zu verzögern?
- Kann es sich ein touristischer Kanton erlauben auf ein solches innovatives Notfallsystem zu verzichten?
- Sind wir gewillt auf diese Gesundheitskosten senkende Massnahme zu verzichten?
- Wie erklärt sich der Widerspruch, dass die kantonale Expertenkommission «ambulante Pflege und Grundversorgung» das überregionale Pilotprojekt als unterstützungswürdig beurteilt, aber der Kanton es nicht vollumfänglich finanzieren will?